

1 **SPD-Planspielfraktion Drucksache 18/101**

2 **18. Wahlperiode**

3

4 **Antrag der Planspiel-Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie**

5

6 **Der Bundestag wolle beschließen:**

7

8 **I. Die AG Wirtschaft und Energie stellt fest:**

9

10 Die energiepolitische Frage avanciert zur sozialpolitischen Frage des 21. Jahrhunderts.

11 Die Frage nach einer gerechten Energiepolitik ist nichts Anderes als die Frage nach Ge-
12 rechtigkeit und Sozialverpflichtung der sozialen Marktwirtschaft.

13 Einige wenige Stromkonzerne dominieren mit einem mehrheitlichen Versorgungsanteil
14 den Markt.

15 In diesem Zusammenhang stellen sich Fragen nach rechtlichen und tatsächlichen Rege-
16 lungen, nach der Reformbedürftigkeit des EEG, nach Subventionen und Finanzierungs-
17 modellen, einer Verstärkung des Forschungsschwerpunkts. Zur Findung einer ganzheitli-
18 chen, nachhaltigen Lösung bedarf es einer Reihe wohldurchdachter und innovativer
19 Transformationen, die in ihrer Summe additiv den Weg eines energiepolitischen Para-
20 digmenwechsels ebnen.

21 Erneuerbare Energien bringen ein Problem mit sich: die großen Schwankungen in ihrer
22 Verfügbarkeit und die Tatsache, dass sie regional unterschiedlich um- und einsetzbar
23 sind.

24 Unabdingbar für eine Entwicklung in diesem Bereich ist der Ausbau des deutschen Net-
25 zes.

26

27 **Vorschläge der AG Wirtschaft und Energie:**

28

- 29 1. Photovoltaikanlagen besitzen ein beträchtliches Potenzial für die Eigenenergie-
30 versorgung von öffentlichen und privaten Haushalten. In Zusammenarbeit mit
31 Hersteller*innen von PV-Anlagen ist eine Förderung von diesen in Form einer In-
32 standhaltungs- und Versicherungsprämie eine ideale Möglichkeit die Attraktivität
33 von PV-Anlagen zu intensivieren. Diese Kosten belaufen sich jährlich auf etwa 1%
34 -1,5 % des Anschaffungspreises und werden so lange finanziert bis sich die PV-
35 Anlage für den Verbraucher rentiert. In diesen Zusammenhang wäre eine neue
36 Gesetzesvorlage oder Zusammenarbeit mit den Kommunen für die Anlegung von
37 PV-Anlagen an öffentlichen Gebäuden essenziell.
- 38 2. Private Vermieter*innen und Vermietungsgesellschaften sollten aufgrund einer
39 Instand und Versicherungskostenübernahme, die Strompreise der Vermieter
40 senken oder vollkommen streichen. Auch nach dieser Kostenübernahme würden
41 die mieten langfristig niedrig sein, da für eine Energieversorgung gesorgt ist.
42 Diese Verfahrensweise würde nicht nur einen Anstieg der Verkaufszahlen bewir-
43 ken, sondern vor allem Arbeitsplätze innerhalb der Herstellungsfirmen schaffen.
- 44 3. Unter anderem um die aus erneuerbaren Energien resultierenden Netzschwan-
45 kungen auszugleichen, müssen mehr dezentrale Energiespeicheranlagen und
46 Methoden eingesetzt werden.
- 47 a. Dazu wird der Bundesregierung empfohlen, in Forschung und Entwick-
48 lung verstärkt zu investieren und im Zuge der Energiewende dabei zu hel-
49 fen Smart-Grids großflächig zu integrieren.
- 50 b. Die Wirtschaft in Deutschland muss dazu ermutigt werden sich an Test-
51 und Entwicklungsmodellen bzw. Investitionen zu beteiligen. Auch auslän-
52 dische Investoren (EU-weite Kooperation) sollten hierbei unterstützt wer-
53 den. Unter dem Erhalt von wettbewerblicher Gerechtigkeit sollten die
54 Unternehmen dabei unterstützt werden ihr Know-how in diesem Bereich
55 zu erweitern und in der Praxis anzuwenden.

- 56 4. Ziel sollte es sein, dass die Nutzung von Energie intelligent geregelt wird.
57 a. Sie soll Teil der Speicherung werden, hier kann über intelligente Netze
58 z.B. die Warmwasserversorgung sowie die Heizung (Wärmespeicherkapa-
59 zität) von Innenräumen genutzt werden. Im Ergebnis soll Energie gespart
60 sowie gespeichert werden. Die anfallenden Investitionen sind als langfris-
61 tig zu betrachten.
- 62 5. Dazu braucht es ein Netz, dass aus unterschiedlichen, erneuerbaren Energiege-
63 winnungsmethoden gespeist wird, sowie auf Überschüsse reagieren kann, indem
64 es diese teils dezentral/lokal, teils zentral speichern kann, und den Konsum mit
65 regulieren und an die Menge der im Netz befindlichen Energie anpassen kann.
- 66 6. Die großen Datenmengen, die bei einem Smart-Grid anfallen, erfordern einen
67 verantwortlichen Umgang, der eine eigene Gesetzgebung unter Berücksichtigung
68 der Privatsphäre, aber auch der Notwendigkeit zum Auswerten dieser Daten.
69 Dazu würde die Zuständigkeit der Unternehmen darauf beschränkt, die notwen-
70 dige Technik zu liefern. Die Datenverarbeitung läge bei einer öffentlichen Organi-
71 sation/Behörde, um die Verbraucher*innen zu schützen.
- 72 7. Um den Rückhalt in der Masse der Bevölkerung zu erreichen und zu halten, muss
73 auch großflächig und intensiv in diesem Bereich geworben und aufgeklärt wer-
74 den.

75 **II. Verbindung zu Stromsperrern**

76
77

- 78 1. In Fällen von finanzieller Not oder Armut kann es nicht sein, dass in Deutschland
79 Menschen in ihrer eigenen Wohnungen leiden müssen.
- 80 Der Staat muss hier mit Energie Hilfe leisten, genauso wie er auch mit finanzielle
81 Mitteln hilft. Genauso wie finanzielle Hilfsmittel gezielt Einsatzzwecken zugeord-
82 net werden können, muss der Staat auch kontrollieren können, wofür in Notla-
83 gen zur Verfügung gestellte Energie eingesetzt wird. Dies ist am besten möglich,

84 wenn der Staat durch ein intelligentes netz direkt auf relevante Geräte im Haus-
85 halt zugreifenkann (Heizung, Herd, Kühlschrank)

86 2. Durch eine effiziente Nutzung des Smart-Grids wird die Produktivität der Ener-
87 giegewinnung gesteigert was zu einer Senkung der Stromkosten führt sowie zu
88 Energieeinsparungen. Durch verminderte Kosten sinkt die Gefahr, dass dem/der
89 Stromnutzer*in der Strom gesperrt wird.

90

91

92

93

94

95 **Sascha Kodytek und SPD-Planspielfraktion**

96 **Berlin, den 18. Oktober 201**